

Verfahrensbrief Nr. 1

Neubau Wasserstoffleitung HYROW Rohrleitungsmaterial

LOS 1

Pipelinerohr DN 1000

LOS 2

Stationsrohr DN 1000

(Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb)

Vergabenummer:

2026-020

Stand: 07.05.2026

Inhaltsverzeichnis

1. Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen)	4
2. Einleitung	5
3. Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens	5
3.1. Projektbeschreibung	5
3.2. Gegenstand der Ausschreibung	6
3.3. Leistungsüberblick	6
3.4. Geplanter Ausführungs- / Lieferzeitraum	6
4. Auftraggeber und Vergabestelle	7
5. Sprache	7
6. Verfahren und Zeitplan	7
6.1. Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb	8
6.2. Begrenzung der Bewerberzahl	9
6.3. Verhandlungsphase	10
6.4. Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung	11
7. Kommunikation (DTVP)	11
7.1. Kommunikationsform und Auskünfte	11
7.2. Datenverarbeitung	12
8. Bereitstellung der Vergabeunterlagen	12
9. Einreichung der Teilnahmeanträge	12
10. Einzureichende Unterlagen	13
11. Bergergemeinschaften	13
12. Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend)	14
13. Eignungsleihe	15
14. Eignung	15
14.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	16
14.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	16
14.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	17
15. Mindestkriterien an Angebotsinhalt	19
16. Zuschlagskriterien und Angebotswertung	20
16.1. Preis	20
16.2. Lieferzeit	21

16.3.	Einhaltung Spezifikationen GASCADE	21
	Form und Inhalt der Darstellung	22
	Erklärung bei Konformität	22
	Zulässigkeit und Nachweis von Gleichwertigkeit	22
	Bewertungsgegenstand	23
17.	Geheimhaltung	25
18.	Rügeobliegenheiten	25
19.	Nachprüfungen	26
20.	Ergänzende Bestimmungen	27
20.1	Nachforderung	27
20.2	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	27
20.3	Nebenangebote	27
20.4	Ausschluss	27
20.5	Entschädigung	27
20.6	Aufhebung des Verfahrens	27
20.7	Einverständnis des Bewerbers/Bieters	28
20.8	Rücknahme von Teilnahmeanträgen/Angeboten	28

1. Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen)

Anlage A.1	Vordrucke und Nachweise (Eignung)
Anlage A.2	Angebotsschreiben
Anlage A.3	Wertungsmatrix (Angebote)
Anlage A.4	Hinweise zum Datenschutz
Anlage A.5	Vertraulichkeitserklärung
Anlage A.6	Wertungsmatrix (Eignung)
Anlage B.1	Leistungsverzeichnis
Anlage B.2	Preisblatt
Anlage B.3	Verpflichtungserklärung DSGVO
Anlage B.4	GASCADE Allgemeine Einkaufsbedingungen
Anlage B.5	Vertrag
Anlage B.6	Ingenieurhandbuch

2. Einleitung

Die nachfolgenden Hinweise zum Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb sollen die Teilnehmer innerhalb des Verfahrens unterstützen, einen ordnungsgemäßen Teilnahmeantrag und später ordnungsgemäße Angebote abzugeben. Die Angaben im Teilnahmeantrag müssen wahrheitsgemäß erfolgen. Unzutreffende Angaben können zum Ausschluss des Bewerbers führen.

Die vorliegenden Unterlagen dürfen nur zur Erstellung des aktuellen Teilnahmeantrages verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte, ist ohne schriftliche Genehmigung des Auftraggebers unzulässig.

Die vorliegende Unterlage stellt den vorgesehenen Ablauf sowie die generellen Regeln und Formalitäten des Verfahrens vor.

Zur besseren Lesbarkeit werden in dieser Unterlage und den weiteren Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen, Männer und Diverse beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt, also z.B. "Mitarbeiter". Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

3. Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens

3.1. Projektbeschreibung

Neubau Wasserstoffleitung HYROW

Im Rahmen der aktuellen Energie- und Klimapolitik nimmt die Wasserstofftechnologie als Energieträger und -speicher eine zentrale Rolle ein. Die GASCADE Gastransport GmbH (GASCADE) plant auch vor diesem Hintergrund das bestehende Gasfernleitungsnetzes, um Neubauwasserstoffleitungen zu erweitern. Die geplante Wasserstoffleitung von Rostock nach Wrangelsburg (HYROW) ist Bestandteil des deutschen und europäischen Wasserstoff-Kernnetzes (Projekt HYROW, Kernnetznummer KLN008-01).

Das Vorhaben umfasst den Neubau einer ca. 115 km langen Gashochdruckleitung mit der Nennweite DN 1000 für den Transport von Wasserstoff vom Seehafen Rostock bis zum Einbindepunkt in die Gashochdruckleitung OPAL bei Wrangelsburg zwischen Greifswald und Anklam. Die Inbetriebnahme ist für Dezember 2028 vorgesehen.

Die Rohrauslieferung auf die Rohrlagerplätze entlang der geplanten Trasse erfolgt nach Projektfortschritt und vorheriger Absprache mit dem Auftraggeber.

Die Gesamtauslieferung der Rohre ist bis spätestens August 2027 (KW 34) abzuschließen.

3.2. Gegenstand der Ausschreibung

Fertigung und Lieferung von Rohren in der Dimension DN1000 für das Projekt Neubau Wasserstoffleitung HYROW.

3.3. Leistungsüberblick

Der Liefer- und Leistungsumfang gliedert sich wie nachfolgend:

Fertigung und Auslieferung von Rohren für die Wasserstoffleitung HYROW:

LOS 1 Pipelinerohr in der Nennweite DN 1000

LOS 2 Stationsrohr in der Nennweite DN 1000

LOS 1 Pipelinerohr DN 1000 (DP 100 bar)

gem. **Anlage B.1** Leistungsverzeichnis Rohrmaterial HYROW (Line Pipe HYROW)

LOS 2 Stationsrohr DN 1000 (DP 105 bar)

gem. **Anlage B.1** Leistungsverzeichnis Rohrmaterial HYROW (Stationsrohr HYROW)

Alternativpositionen:

Pipelinerohr DN 1000 (DP 80 bar)

Projektspezifische Anforderungen können die Druckstufe DP = 80 bar erfordern. In diesem Fall greift die Alternativposition. Grund und Entscheidungskriterium für die Alternativen gemäß Pos. 01.01. und Pos. 01.03 Leistungsverzeichnis (**Anlage B.1** - Leistungsverzeichnis) werden noch ausstehende Festlegungen zum Netzentwicklungsplan sein.

gem. **Anlage B.1** Leistungsverzeichnis Rohrmaterial HYROW (Line Pipe HYROW)

3.4. Geplanter Ausführungs- / Lieferzeitraum

LOS 1 Pipelinerohr DN 1000

Anlieferung auf Baustelle: Abschluss bis KW 34/2027

LOS 2 Stationsrohr DN 1000

Anlieferung auf Baustelle: Abschluss bis KW 31/2027

4. Auftraggeber und Vergabestelle

Auftraggeber und Vergabestelle ist die:

GASCADE Gastransport GmbH
Kölnische Straße 108-112
34119 Kassel
Deutschland
E-Mail: kontakt@gascade.de
Telefon: +49 561 934-0

5. Sprache

Verfahrenssprache ist Deutsch. Für die Vergabeunterlagen, den Schriftverkehr, die Abwicklung des Vertrags gilt die Sprache Deutsch. Für die Vertragssprache gilt Deutsch als vereinbart.

Liegen Nachweise / Unterlagen nur in einer anderen Sprache vor, werden diese akzeptiert, sofern ihnen eine sprachlich einwandfreie Übersetzung ins Deutsche beigelegt ist. Eine beglaubigte Übersetzung oder eine von einem vereidigten Übersetzer beglaubigte Übersetzung ist nicht erforderlich.

6. Verfahren und Zeitplan

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß §§ 119 Abs. 5, 141 Abs. 1 GWB, § 15 Abs. 1 SektVO durchgeführt.

Das Verhandlungsverfahren ist ein Verfahren, bei dem sich der Auftraggeber mit oder ohne Teilnahmewettbewerb an ausgewählte Unternehmen wendet, um mit einem oder mehreren dieser Unternehmen über die Angebote zu verhandeln (§ 119 Abs. 5 GWB).

Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gliedert sich in vier Phasen:

- | | |
|----------|--|
| Phase 1: | Teilnahmewettbewerb |
| Phase 2: | Angebotsphase I (Erstangebote) |
| Phase 3: | Verhandlungsphase |
| Phase 4: | Angebotsphase II (Best and Final Offer (BAFO)) und Vergabeentscheidung |

Möglicherweise abweichende Termine auf der Vergabepattform sind nicht zu beachten. Diese können aus technischen Gründen nicht korrigiert oder abgeschaltet werden. Maßgeblich sind die Terminangaben im Verfahrensbrief.

Zeitraum	Vorgang
07.05.2026	Absendung der europaweiten Auftragsbekanntmachung
18.05.2026	Frist zur Fragestellung (Teilnahmewettbewerb)
25.05.2026	Bereitstellung eines finalen Fragen-Antworten-Katalogs (Teilnahmewettbewerb)
15.06.2026, 11:00 Uhr	Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge
KW 26 (voraussichtlich)	Benachrichtigung der Bewerber über den Ausgang des Teilnahmewettbewerbs und Versendung der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes an die geeigneten Bewerber
KW 32 (voraussichtlich)	Ende Angebotsphase I
KW 33 (voraussichtlich)	Ggf. Verhandlungstermine mit den Bietern bzw. Auswahl des Bestbieters/Zuschlagsentscheidung/Versand des Vorabinformationsschreibens
KW 34 (voraussichtlich)	Ggf. Ende Angebotsphase II
KW 35 (voraussichtlich)	Ggf. Auswahl des Bestbieters/Zuschlagsentscheidung/Versand des Vorabinformationsschreibens
KW 37 (voraussichtlich)	Ggf. Zuschlagserteilung/Vertragsschluss
31.12.2026	Bindefrist

Der dargestellte Ablauf und die genannten Termine geben lediglich den derzeitigen Planungsstand wieder. Sie sind – mit Ausnahme der Fristen zur Einreichung von Fragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und des Teilnahmeantrags selbst – nicht verbindlich und können von der Vergabestelle jederzeit geändert werden. Insbesondere behält sich die Vergabestelle vor, weitere Verhandlungsrunden durchzuführen.

Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber sich vorbehält, den Zuschlag ohne Verhandlungen bereits auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen. Die Erstangebote müssen daher alle Mindestanforderungen erfüllen und dürfen keine Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, so dass sie ohne vorherige Verhandlungen angenommen werden können.

Angebote, die nicht alle Mindestanforderungen erfüllen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, werden ausgeschlossen.

6.1. Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb

Das Verfahren beginnt mit der öffentlichen Auftragsbekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union und der Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen. In der Auftragsbekanntmachung wird über einen Link auf das Vergabeportal „DTVP“ verwiesen.

Die **Anlagen** sind auf dem Vergabeportal veröffentlicht.

Eine Ausnahme gilt für die **Anlagen B.1** Leistungsverzeichnis, **und B.2** Preisblatt (vgl. Anlagenverzeichnis). Diese sind Teil der Vergabeunterlagen und enthalten besonders vertrauliche und schutzbedürftige Angaben. Daher fordert der Auftraggeber die Bewerber zur Abgabe einer Vertraulichkeitserklärung (**Anlage A.5**) auf (vgl. § 5 Abs. 3 Satz 2 SektVO). Diese kann über die Nachrichtenfunktion von DTVP eingereicht werden. Dem Bewerber/Bieter werden die besonders vertraulichen und schutzbedürftigen Vergabeunterlagen sodann zeitnah nach Erhalt der Vertraulichkeitserklärung über die Nachrichtenfunktion DTVP zur Verfügung gestellt werden. Die **Anlage B.5** Vertrag wird mit Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes zur Verfügung gestellt.

Auf Grundlage der Vergabeunterlagen (Anlagen A. und B.) erarbeiten die Bewerber bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften einen Teilnahmeantrag.

Am **15.06.2026, 11:00 Uhr (Systemzeit DTVP)**, endet die Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge. Anschließend werden die Teilnahmeanträge geöffnet und geprüft. Auf Grundlage der von den Bewerbern eingereichten Erklärungen und Nachweise werden unter den Bewerbern diejenigen ausgewählt, die die veröffentlichten Eignungskriterien erfüllen.

Grundlage der Eignungsprüfung sind die in der Auftragsbekanntmachung und diesem Verfahrensbrief unter Ziffer 14 genannten Bedingungen.

6.2. Begrenzung der Bewerberzahl

Es werden mindestens drei (3) maximal fünf (5) geeignete Bewerber zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert werden, soweit eine ausreichende Anzahl an Teilnahmeanträgen geeigneter Bewerber eingereicht wurde. Diese drei (3) bis fünf (5) Bewerber werden anhand der in der nachstehenden Wertungsmatrix (Eignung) beschriebenen Auswahlkriterien ermittelt.

Die übrigen Bewerber werden für das weitere Vergabeverfahren nicht mehr berücksichtigt und zeitnah informiert. Erfüllen mehr als drei (3) bis fünf (5) Bewerber gleichermaßen die Anforderungen an die Eignung und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den veröffentlichten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

Wertungsmatrix (Eignung)

Die Auswahl der zur Abgabe eines Erstangebotes aufgeforderten Bewerber wird anhand der eingereichten vergleichbaren Referenzen der letzten zehn (10) Jahre (**Anlage A.1**, dort unter Vordruck 7) getroffen. Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen.

Die eingetragenen Einzelangaben werden wie folgt in die Auswahlentscheidung eingebracht:

Kriterium	Maximal erreichbare Punktezahl	Beschreibung
Übereinstimmung der Referenzen mit vorliegender Ausschreibung	450 Punkte	siehe Anlage A.6 Wertungsmatrix (Eignung)
Anzahl der Referenzen	250 Punkte	siehe Anlage A.6 Wertungsmatrix (Eignung)
durchschnittliche Lieferzeit	250 Punkte	siehe Anlage A.6 Wertungsmatrix (Eignung)
durchschnittliches Auftragsvolumen	50 Punkte	siehe Anlage A.6 Wertungsmatrix (Eignung)
Gesamt	1.000 Punkte	

Die konkreten Auswertungsmethoden werden in der **Anlage A.6** Wertungsmatrix (Eignung) erläutert.

Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber sich vorbehält, den Zuschlag ohne Verhandlungen bereits auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen. Die Erstangebote müssen daher alle Mindestanforderungen erfüllen und dürfen keine Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, so dass sie ohne vorherige Verhandlungen angenommen werden können.

Angebote, die nicht alle Mindestanforderungen, insbesondere jene in der Leistungsbeschreibung (siehe dazu *Anlage B.1 Leistungsverzeichnis Rohrmaterial HYROW*), erfüllen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, werden ausgeschlossen.

6.3. Verhandlungsphase

Sofern der Auftraggeber den Zuschlag nicht bereits auf der Grundlage der Erstangebote erteilt hat, beginnt mit dem Abschluss der Angebotsphase I die Verhandlungsphase. Der Auftraggeber lädt die Bieter, die ein wertungsfähiges erstes Angebot abgegeben haben, zu einem Verhandlungsgespräch ein.

Die Verhandlungsgespräche haben das Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Gegenstand der Verhandlungen können grundsätzlich Auftragsinhalt, Auftragsbedingungen und sämtliche Bestandteile der Angebote sein, nicht aber die in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien sowie die Identität des ausgeschriebenen Beschaffungsgegenstandes.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungsphase sukzessive die Anzahl der Bieter weiter nach Maßgabe der veröffentlichten Zuschlagskriterien zu reduzieren.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich **in der KW 33** stattfinden. Die Angebotsinhalte werden geheim gehalten, die Verhandlungen getrennt mit den jeweiligen Bietern individuell geführt.

Die Terminierung der Gesprächstermine bzw. Verhandlungen erfolgt durch jeweilige individuelle Einladung. Die Bieter haben unverzüglich nach Eingang ihrer jeweiligen Einladung mitzuteilen, welche Personen von ihrer Seite an dem jeweiligen Termin teilnehmen werden.

6.4. Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung

Der Auftraggeber wird den Abschluss der Verhandlungsphase erklären und die verbliebenen Bieter auf der Grundlage der Verhandlungsergebnisse und der ggf. überarbeiteten Vergabeunterlagen unter Festlegung einer einheitlichen Frist zur Einreichung finaler Angebote auffordern.

Die eingegangenen finalen Angebote werden auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Im Rahmen einer Aufklärungsrunde werden – soweit erforderlich – missverständliche oder ungenaue Angaben in den Angeboten aufgeklärt. Anschließend werden die Angebote anhand der bekanntgegebenen Zuschlagskriterien bewertet und das wirtschaftlichste Angebot ermittelt. Das wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag.

Die Bieter sind nach der Einreichung ihrer finalen Angebote an ihre Angebote und deren Inhalte bis einschließlich zum (Bindefrist) gebunden. Bis zum Ablauf der Bindefrist können die Angebote nicht zurückgezogen und auch inhaltlich nicht geändert werden. Für den Fall, dass aufgrund von Verzögerungen ein Zuschlag bis zum Ablauf der Bindefrist nicht wirksam erfolgen kann, behält sich der Auftraggeber vor, die Bieter zu einer Verlängerung der Bindefrist aufzufordern.

Die Bieter, die auf Grundlage der veröffentlichten Zuschlagskriterien keinen Erfolg hatten, werden gemäß § 134 Abs. 1 GWB in Textform auf elektronischem Weg vorab informiert. Über die Zuschlagserteilung erfolgt eine gesonderte Unterrichtung nach § 56 SektVO.

Sollte ein Zuschlag nicht in Betracht kommen oder das Vergabeverfahren aus sonstigen Gründen aufgehoben werden müssen, werden die Bieter in Textform auf elektronischem Weg informiert.

7. Kommunikation (DTVP)

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bietern erfolgt über den gesamten Verfahrenszeitraum über die Vergabeplattform DTVP.

7.1. Kommunikationsform und Auskünfte

Weitere Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, die Beantwortung von Bewerber- /Bieterfragen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden auf DTVP bereitgestellt.

Alle Fragen sind über DTVP zu stellen. Zu den Fristen wird auf Ziffer 6 (Verfahren und Zeitplan) verwiesen.

Jede sonstige Kontaktaufnahme zur Vergabestelle bzw. zu Mitarbeitern des Auftraggebers ist unerwünscht und kann nach pflichtgemäßem Ermessen der Vergabestelle zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen (Grundsatz der Verfahrensintegrität). Mündliche oder telefonische Rückfragen werden nicht beantwortet.

7.2. Datenverarbeitung

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden von im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Dies betrifft u.a. die Namen, Adressangaben sowie Angaben zur beruflichen Tätigkeit und beruflichen Qualifikation.

8. Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen können – bis auf **Anlage B.1** Leistungsverzeichnis und **B.2** Preisblatt – gemäß § 41 Abs. 1 SektVO unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt auf DTVP abgerufen werden.

Das Abrufen der Vergabeunterlagen auf DTVP ist ohne vorherige Registrierung möglich, die aktive Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere die Kommunikation mit der Vergabestelle und die elektronische Abgabe eines Angebotes durch den Bieter setzt eine Registrierung hingegen zwingend voraus.

Bei Fragen zur Nutzung des Vergabeportals DTVP, insbesondere bei Fragen zur technischen Abwicklung, hat sich der Bieter an den Betreiber des Vergabeportals zu wenden:

E-Mail: support@cosinex.de

Tel. +49 900 1 267463 (kostenpflichtig)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07.00 bis 17.00 Uhr.

Eine ausbleibende Registrierung und/oder eine fehlende Kenntnisnahme von durch den Auftraggeber auf DTVP bereitgestellten Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, Beantwortung von Bieterfragen oder sonstigen verfahrensrelevanten Informationen gehen zu Lasten des jeweiligen Bieters.

Die **Anlage B.1** Leistungsverzeichnis und die **Anlage B.2** Preisblatt enthalten besonders vertrauliche und schutzbedürftige Angaben. Daher fordert der Auftraggeber die Bewerber/Bieter zur Abgabe einer Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage A.5** Vertraulichkeitsvereinbarung) auf (§ 5 Abs. 3 Satz 2 SektVO). Diese kann über die Nachrichtenfunktion von DTVP eingereicht werden. Dem Bewerber/Bieter wird die vorbezeichnete besonders vertrauliche und schutzbedürftige Anlage sodann zeitnah nach Erhalt der Vertraulichkeitsvereinbarung über die Nachrichtenfunktion DTVP zur Verfügung gestellt werden.

9. Einreichung der Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge sind bis spätestens am:

15.06.2026, 11:00 Uhr (Systemzeit DTVP)

über das „Bietertool“ des DTVP elektronisch einzureichen. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, die sich über eine Webstart-Technologie automatisch installiert, sofern der

Prozess der Abgabe eines elektronischen Angebots aus dem virtuellen Projektraum des entsprechenden Vergabeverfahrens heraus gestartet wurde.

Bei der Abgabe der Teilnahmeanträge ist die Größenbeschränkung für die maximal zulässige Dateigröße zu beachten. Die Größe des unter Nutzung des Bietertools abzugebenden elektronischen Angebotes ist auf 500 MB beschränkt.

Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber keine Abgabe der Teilnahmeanträge auf dem Postweg, per E-Mail oder per Telefax zulässt. Etwaige postalisch, per E-Mail oder per Telefax eingereichte Teilnahmeanträge/Angebote werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist nicht notwendig.

Die Teilnahmeanträge sind in Textform nach § 126b BGB abzugeben. Im Unterschied zur Schriftform bedarf es keiner eigenhändigen Unterschrift, jedoch müssen der Unternehmensname und der Name der vertretungsberechtigten natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, erkennbar sein. Die Angabe gilt für den gesamten Teilnahmeantrag und ist rechtsverbindlich. Mit dem vollständigen Hochladen des formgerechten Teilnahmeantrags gelten alle weiteren eingereichten Unterlagen als vom Bewerber rechtswirksam abgegeben. Bei Teilnahmeanträgen von Bewerbungsgemeinschaften muss der Teilnahmeantrag von dem bevollmächtigten Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft in Textform nach § 126b BGB eingereicht und hochgeladen werden.

Ggf. erforderliche Erklärungen Dritter sind durch den Dritten eigenhändig zu unterschreiben und durch den Bewerber beizufügen. Dritte im vorstehenden Sinne sind Mitgliedsunternehmen einer Bewerbungsgemeinschaft/Bietergemeinschaft, Nachunternehmer und Eignungsverleihende-Unternehmen.

10. Einzureichende Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag sind die folgenden Unterlagen auszufüllen und mit den dort genannten Nachweisen einzureichen:

- Ausgefüllte **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung)

Nach erfolgter Eignungsprüfung und gegebenenfalls Beschränkung des Kreises der zur Abgabe von Erstangeboten aufgeforderten Bewerber sind dann mit allen Angeboten einzureichen

- Ausgefüllte **Anlage A.2** Angebotsschreiben;
- Ausgefüllte **Anlage B.2** Preisblatt;
- Ausgefüllte **Anlage B.3** Verpflichtungserklärung DSGVO;

11. Bewerbungsgemeinschaften

Bewerbungsgemeinschaften können in diesem Vergabeverfahren einen Teilnahmeantrag abgeben, wenn deren Bildung keinen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht begründet.

Bewerbungsgemeinschaften werden nach § 43 Abs. 2 Satz 1 SektVO wie Einzelbewerber behandelt.

Jede Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der während des gesamten Vergabeverfahrens sowie im Falle der Auftragserteilung über die gesamte Vertragslaufzeit bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Neben der gemeinschaftlichen Erklärung sind für jedes Mitgliedsunternehmen die in dem Vordruck zur Bewerbergemeinschaftserklärung (**Anlage A1 Vordrucke und Nachweise (Eignung)**), **Vordruck 1.2)** genannten Unterlagen vorzulegen.

Die Bewerbergemeinschaftserklärung muss die Anforderungen für Erklärungen Dritter bei der elektronischen Angebotsabgabe einhalten (vgl. Ziffer 9).

Die Eignungsanforderungen können für die Bewerbergemeinschaft insgesamt abgegeben werden.

Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft dürfen sich ferner nur an einer Bewerbergemeinschaft beteiligen. Die Beteiligung an mehreren Bewerbergemeinschaften ist unzulässig. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die betreffenden Bewerbergemeinschaften ausgeschlossen.

Der Auftraggeber wird ausnahmsweise von einem Angebotsausschluss absehen, wenn bei Angebotsabgabe plausible Gründe für die Doppelbeteiligung dargestellt werden und die betreffende Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft nachweist, dass ein Verstoß gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs nicht vorliegt.

Bewerbergemeinschaften, die den Teilnahmewettbewerb bestehen, nehmen im Falle der Zulassung zur Angebotsphase I als Bietergemeinschaften am Wettbewerb teil.

12. Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend)

Beabsichtigt der Bewerber, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen – ohne sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen – sind die hiervon betroffenen Auftrags-/Leistungsanteile – soweit dies im Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags bereits feststeht – im Angebot anzugeben und der/die Nachunternehmer zu benennen (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 2**).

Für den benannten Nachunternehmer sind zudem die in dem vorbezeichneten Vordruck (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 2**) genannten Unterlagen vorzulegen.

Eine Nachunternehmervergabe nach Vertragsschluss erfordert die vorherige Einwilligung des Auftraggebers.

Auf die Grundsätze der Einbindung von Nachunternehmen gem. § 34 SektVO wird hingewiesen. Der Auftraggeber behält sich insbesondere vor, vor Zuschlagserteilung innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist die Ersetzung eines Nachunternehmers zu verlangen, sofern hinsichtlich des Nachunternehmers ein zwingender Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund im Sinne des § 124 GWB vorliegt.

Bei der Vergabe von Nachunternehmeraufträgen sind mittelständische Interessen durch den Hauptauftragnehmer vornehmlich zu berücksichtigen.

13. Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bewerber sich bei der Erfüllung dieses Auftrags gemäß § 47 SektVO im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen („Eignungsleihe“), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen und die dort genannten Unterlagen auch für das andere Unternehmen vorlegen. Er hat insbesondere den Namen und die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 4 und 5**) dieser Unternehmen vorzulegen.

Ein anderes Unternehmen i.S.v. § 47 SektVO kann nicht nur ein selbständiges, von dem Bieter rechtlich verschiedenes Unternehmen (z.B. Nachunternehmen) sein. Hierunter sind auch konzernverbundene bzw. konzernangehörige Unternehmen zu verstehen.

Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe nach § 47 SektVO die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 5**).

Der Bewerber darf sich für den Nachweis seiner beruflichen Leistungsfähigkeit – etwa durch Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder durch relevante Berufserfahrung (z. B. Referenzen) – nur dann auf die Ressourcen anderer Unternehmen stützen, wenn diese Unternehmen auch tatsächlich den Teil der Leistung ausführen, für den ihre Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 3 SektVO). Das bedeutet, dass das jeweilige Drittunternehmen als Nachunternehmer eingesetzt werden muss.

Der Bewerber hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Im Übrigen wird auf § 47 SektVO verwiesen.

14. Eignung

Öffentliche Aufträge im Sektorenbereich werden an geeignete Unternehmen vergeben, die anhand objektiver Kriterien gemäß §§ 142 Nr. 1, 122 Abs. 1 und 2 GWB ausgewählt und nicht nach § 123 oder § 124 GWB ausgeschlossen worden sind.

Mit dem Teilnahmeantrag ist die Eignung für die zu vergebende Leistung nachzuweisen. Bewerber haben die geforderten und nachfolgend aufgeführten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) zum Beleg ihrer Eignung und zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen in deutscher Sprache mit dem Teilnahmeantrag einzureichen (§§ 42 ff. SektVO). Die einzureichenden Unterlagen sind insbesondere auch der

Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung) zu entnehmen.

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

Der Auftraggeber legt folgende objektive Eignungskriterien fest:

14.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist.

Für den Fall der Nichteintragung:

Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen.

Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein.

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.**

- PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich.

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).**

- PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland).

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.**

14.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- WL1: Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens aus vergleichbaren Leistungen in den letzten 5 (fünf) abgeschlossenen Geschäftsjahren

Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten 5 (fünf) Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor.

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Der durchschnittliche Umsatz der letzten 5 (fünf) abgeschlossenen Geschäftsjahre aus vergleichbaren Tätigkeiten muss betragen:

- für LOS 1 in EUR (netto) mindestens 50.000.000 EUR
- für LOS 2 in EUR (netto) mindestens 1.000.000 EUR

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6.**

- WL2: Vorlage des Jahresabschlusses der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre.
- WL 3: Vorlage einer Bonitätsauskunft (z.B. Schufa, Creditreform oder ähnlich) – keine bloße Bankauskunft –, nicht älter als sechs Monate.
- Kann ein Bewerber aus einem berechtigten Grund eine oder mehrere der geforderten Unterlagen nicht beibringen, so kann er seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom Auftraggeber als geeignet angesehene Unterlagen, belegen (entsprechend § 45 Abs. 5 VgV). Hierzu muss der Bewerber vor Ablauf der Teilnahmefrist den Auftraggeber darauf hinweisen, dass ein berechtigter Grund dem Beibringen einer der geforderten Unterlagen entgegensteht. Der berechtigte Grund ist glaubhaft zu machen.
Der öffentliche Auftraggeber entscheidet dann, ob und wie durch andere geeignete Unterlagen der Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit dokumentiert werden kann. Kommt der öffentliche Auftraggeber zu dem Schluss, dass keine andere geeignete Unterlage den Nachweis ausreichend erbringt, werden die Regelungen über den Ausschluss von Teilnahmeanträgen wegen nicht wie gefordert erbrachter Unterlagen gemäß angewandt.

14.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- TL 1: Es wird der Nachweis von Erfahrungen im Bereich der hier zu vergebenden Lieferung/Leistung durch Angabe von mindestens drei abgeschlossenen Referenzaufträgen in den letzten zehn (10) Jahren mit Angabe der durchgeführten Lieferung / Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Referenztitel
2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der **Anlage A.1**)
(Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)
3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Ansprechpartners in der **Anlage A.1**, z.B. E-Mail, Telefonnummer)

(Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)

4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung
5. Leistungsbeschreibung
6. Auftragsvolumen in EUR (netto) (präzise Wertangabe gefordert, sonst kann Referenz nicht gewertet werden (siehe **Anlage A.6** Wertungsmatrix (Eignung)))
7. Ausführungszeitraum (Auftrags- und Lieferdatum tagesgenau angeben; Wird kein tagesgenaues Datum angegeben, wird die jeweils ungünstigste Variante angenommen (siehe **Anlage A.6** Wertungsmatrix (Eignung)))

Für die angefragten Rohrmaterialien sind Referenzen von vergleichbaren abgeschlossenen Lieferleistungen an Transmission System Operator (TSO) zur Verfügung zu stellen. Die Referenzen müssen auf eine Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik zur Gewährleistung der technischen Sicherheit schließen lassen. Als Indiz, aber nicht als abschließendes Kriterium hierfür, sind die in der Anfrageposition (**vgl. Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise, Vordruck 10 – Herstellerliste**) zugehörigen Spezifikation angegeben Normen.

Der Anbieter qualifiziert sich bis zu der Nennweite, zu welche er entsprechende Referenzen vorweisen kann. Die Hersteller-Referenzen haben die Fähigkeit zur Herstellung der Bauteile nachzuweisen und müssen jeweils mindestens in der angefragten Druckstufe (gegeben werden).

Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen.

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Es sind mindestens **drei (3)** vergleichbare Referenzen einzureichen.

Diese müssen nachfolgende Mindestanforderungen erfüllen:

- Bereits realisierte Fertigungsvolumen größer 20 km Rohrlänge
- Fertigungsmöglichkeiten der Rohrdimension DN 1000 oder höher
- Realisierung von Rohren mit Mindestdruckstufe von DP 80 oder höher
Herstellung von Rohrleitungsmaterial gem. ISO 3183, DIN EN ISO 3183 oder API 5L

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), **Vordruck 7**.

- **TL2:** Der Rohrhersteller (auch Vormaterialien, Beschichter und Prüflabore) hat die Zertifizierung durch ein anerkanntes Qualitätsmanagementsystem nachzuweisen. Nachweis über anerkanntes Qualitätsmanagementsystem der Organisation (DIN EN ISO 9001 oder vergleichbar) durch Vorlage einer gültigen Kopie des Zertifikats. Der Nachweis der Gleichwertigkeit bei einer alternativen Zertifizierung obliegt dem Bewerber.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 4**

- TL3: Angabe des Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystems, das dem Unternehmen zur Vertragserfüllung zur Verfügung steht (Eigenerklärung)

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 5**

- TL4: Nachweis einer Zertifizierung nach DIN EN ISO 3834-2 oder vergleichbar durch akkreditierte Zertifizierungsstelle. Der Nachweis der Gleichwertigkeit bei einer alternativen Zertifizierung obliegt dem Bewerber.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 6**

- TL5: Der Hersteller der Materialien hat die Zertifizierung nach AD2000 W0 oder vergleichbar nachzuweisen. Der Nachweis der Gleichwertigkeit bei einer alternativen Zertifizierung obliegt dem Bewerber.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 7**

- TL6: Nachweis einer Zertifizierung der Prüflabore nach DIN EN ISO 17025 (Akkreditierungsurkunde inkl. Anlage). Der Nachweis der Gleichwertigkeit bei einer alternativen Zertifizierung obliegt dem Bewerber.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 8**

- TL7: Der Auftragnehmer muss über eine geeignete technische Ausrüstung und die fachliche Befähigung zur Durchführung einer Hochdruck Wasserwäsche mit deionisiertem Wasser, nach DIN EN ISO 12944-4 oder vergleichbar verfügen. Der Nachweis der Gleichwertigkeit bei einer alternativen Zertifizierung obliegt dem Bewerber.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 9**

15. Mindestkriterien an Angebotsinhalt

Folgende Mindestanforderungen an den Lieferungsumfang der Ausschreibung sind mit dem Angebot zu bestätigen (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise, Vordruck 10**):

- Durchführung einer Hochdruck-Wasserwäsche mit deionisiertem Wasser bei 700 bis 1200 bar nach DIN EN ISO 12944-4 vor dem Beschichten der Rohraußenoberfläche
- DP 100: Einhaltung des geforderten Mindest Kxs Wert für DN1000 und 16mm Wanddicke: $K \text{ (Streckgrenze } Rt_{0,5} \text{ in MPa)} \times s \text{ (Wanddicke der entsprechenden Zugprobe in mm)} \geq 8128 \text{ N/mm}$
-
- DP 80: Einhaltung des geforderten Mindest Kxs Wert für DN1000 und 12,8 mm Wanddicke: $K \text{ (Streckgrenze } Rt_{0,5} \text{ in MPa)} \times s \text{ (Wanddicke der entsprechenden Zugprobe in mm)} \geq 6503 \text{ N/mm}$

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 7**

- Einhaltung des Streckgrenzenverhältnis $R_{t0,5}/R_m \leq 0,85$

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 7**

- Einhaltung der Bruchdehnung $A \geq 19\%$

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 7**

- Einhaltung des Prüfumfangs Zugversuch Grundwerkstoff und geführter Biegeversuch (Längs- und Spiralnaht): zwei Prüfungen je Prüfeinheit von ≤ 50 Rohrlängen für Rohre der gleichen Schmelze mit demselben Kaltaufweitungsverhältnis mit folgenden Punkten:
 - o Biegedorndurchmesser für geführten Biegeversuch: $3 \times t$,
 - o Gleichmaßdehnung nach DIN EN ISO 6892-1 (Berichtspunkt im Zeugnis)

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise, **Nachweis 7**

Bitte prüfen Sie gründlich, ob die geforderten Mindestkriterien eingehalten werden können.

16. Zuschlagskriterien und Angebotswertung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Dabei ist der Angebotspreis nicht allein entscheidend. Die Wirtschaftlichkeit wird anhand der nachstehend dargestellten gewichteten Zuschlagskriterien bestimmt:

Zuschlagskriterium	Gewichtung in Punkten
Preis	70
Lieferzeit	15
Einhaltung Spezifikationen GASCADE	15

Es wird in den quantitativen Zuschlagskriterien (Preis, Lieferzeit, Einhaltung Spezifikationen GASCADE) kaufmännisch auf die 3-te Nachkommastelle gerundet (Excelfunktion `'=RUNDEN([Wertungsergebnis];3)'`)

16.1. Preis

Das im Vergleich kostengünstigste Angebot erhält die volle Punktzahl. Preislich höhere Angebote werden gemäß dem Verhältnis zum kostengünstigsten Angebot geringer bewertet. Das

Verhältnis aus kostengünstigstem zu bewertetem Preis wird mit der maximal erreichbaren Punktezahl entsprechend der nachstehenden Formel multipliziert:

$$\text{Punkte für Preis} = \frac{[\text{kostengünstigster Preis}]}{[\text{bewerteter Preis}]} \times [\text{maximal mögliche Punktezahl}]$$

16.2. Lieferzeit

Der geplante Liefertermin gemäß Nr. 3.4 ist für das Rohrmaterial anzugeben. Die Erfüllung des Liefertermins gemäß Nr. 3.4 wird mit der vollen Punktzahl von 15 Punkten bewertet. Verspätete Lieferungen werden mit weniger Punkten bewertet.

Bei späterer Lieferung erfolgt die Punktevergabe anhand untenstehender Bewertung.

Bewertung:

Keine Verzögerung:	15 Punkte
Abschluss der Lieferung bis Ende KW35:	7 Punkte
Abschluss der Lieferung bis Ende KW36:	5 Punkte
Abschluss der Lieferung bis Ende KW37:	3 Punkte
Abschluss der Lieferung bis Ende KW38:	1 Punkt
Abschluss der Lieferung nach KW38:	0 Punkte

Liefertermine nach **KW 41/2027** führen unabhängig von der Punktebewertung zum Ausschluss des Angebots.

16.3. Einhaltung Spezifikationen GASCADE

Der Bieter hat sämtliche Abweichungen von den in den Vergabeunterlagen festgelegten Spezifikationen vollständig und strukturiert darzustellen. Dies umfasst die GASCADE-Spezifikationen P301 Pipelinerohr (Kap. 2.3.1.1.2), P304 Pipelinerohr (Kap. 2.3.1.1.2), P303 Stationsrohr (Kap. 2.3.1.1.2), CP10 Außenbeschichtung (Kap. 2.3.1.11) und CP20 Innenbeschichtung (Kap. 2.3.1.11), Stapelung von Stahlrohren DN950-DN1200 einschließlich der darin in Bezug genommenen Normen und Prüfanforderungen.

Mit dem Zuschlagskriterium „Einhaltung Spezifikation GASCADE“ wird bewertet, inwieweit das Angebot die in den Vergabeunterlagen festgelegten internen Spezifikationen (insb. P301, P304, P303, CP10, CP20, Stapelung von Stahlrohren DN950-DN1200) einhält und wie nachvollziehbar sowie fachlich fundiert der Bieter die Konformität bzw. Abweichungen darlegt. Grundlage der Bewertung ist das vom Bieter einzureichende Abweichungsverzeichnis einschließlich der beigefügten Belege (z. B. Prüfberichte, Qualifizierungen, APS/ITP, PQT, Produktdatenblätter etc.). Für die Bewertung werden folgende Aspekte herangezogen:

- Darstellung der Abweichung und deren Nachvollziehbarkeit;
- fachliche Fundierung/Beleglage

- Grad der Abweichung von den GASCADE-Spezifikationen
- Beibehaltung der Funktionalität des betreffenden Produktes trotz der angebotenen Abweichungen bzw. die Erfüllbarkeit der betroffenen Anforderung(en) bzw. die Gleichwertigkeit der angebotenen Lösung.

Die Benotung erfolgt nicht als Gesamturteil „pro Angebot“, sondern je einzelner Abweichungspunkt (je Zeile im Abweichungsverzeichnis). Aus den Einzelnoten wird anschließend die Gesamtnote gebildet.

Form und Inhalt der Darstellung

Das Abweichungsverzeichnis ist je Spezifikation zu gliedern und für jede Abweichung mindestens folgende Angaben zu enthalten:

- Referenz (Dokument / Kapitel / Ziffer) der Anforderung (z. B. P301, Ziffer 11/23; CP10, Ziffer 11/23; CP20, Ziffer 11/23).
- Wortlaut der geforderten Anforderung (Kurzfassung) und angebotene alternative Ausführung.
- Begründung und Gleichwertigkeitsnachweis (inkl. Referenzen auf Normen/Prüfberichte, z. B. DIN EN ISO 21809-1, DIN 30670-1, DIN EN ISO 15741, ASTM D968, Prüfpläne APS/ITP, PQT-Nachweise).
- Auswirkungen: Funktion, Sicherheit, Dauerhaftigkeit, Dokumentation/Rückverfolgbarkeit, Schnittstellen, Termin/Lieferbedingungen.
- Vorgeschlagene vertragliche Festlegung (z. B. zusätzliche Prüfungen, erweiterte Gewährleistung).

Erklärung bei Konformität

Werden keine Abweichungen geltend gemacht, ist eine Null-Erklärung („Wir bestätigen die vollständige Übereinstimmung mit P301 / P304 / CP10 / CP20 / Stapelung von Stahlrohren DN950-DN1200 in der ausgeschriebenen Revision“) abzugeben. Im Falle einer Null-Erklärung wird die volle Punktezahl (100 Punkte) für die Einhaltung der GASCADE-Spezifikationen vergeben.

Zulässigkeit und Nachweis von Gleichwertigkeit

Abweichende Lösungen/Materialien sind nur zulässig, wenn ihre Gleichwertigkeit zu den geforderten technischen Anforderungen objektiv nachgewiesen ist (u. a. durch Prüfberichte akkreditierter Stellen, Vergleichsmatrix der Leistungs-/Prüfwerte, PQT). Dies folgt dem Grundsatz, dass Zuschlagskriterien mit dem Auftragsgegenstand verknüpft und überprüfbar sein müssen.

Die Wertung der Abweichungen erfolgt im Rahmen der Zuschlagsentscheidung.

Bewertungsgegenstand

Bewertet wird das vom Bieter einzureichende Abweichungsverzeichnis zu P301/P304/CP10/CP20 einschließlich der Gleichwertigkeitsnachweise (z. B. Prüfberichte akkreditierter Stellen, PQT Ergebnisse, APS/ITP, Normprüfungen).

Benotung je Abweichungspunkt (Noten 1 bis 6)

Für jeden Abweichungspunkt wird durch den Auftraggeber eine Note von 1 bis 6 vergeben. Maßgeblich sind Nachvollziehbarkeit, fachliche Fundierung/Beleglage sowie die Erfüllung der betroffenen Anforderung(en) bzw. die Gleichwertigkeit der angebotenen Lösung.

Note 1 – Abweichung ohne negative Auswirkungen (vollständige Gleichwertigkeit)

Die Abweichung ist eindeutig, vollständig und widerspruchsfrei beschrieben. Ihre Auswirkungen auf die jeweilige GASCADE-Spezifikation sind fachlich fundiert bewertet und durch geeignete Nachweise (z. B. Prüfberichte, Qualifizierungen) belegt. Die Abweichung ist funktional vollständig gleichwertig zur geforderten Spezifikation oder unterschreitet deren Anforderungen nachweislich nicht. Die Erfüllung sämtlicher betroffener Anforderungen sowie die uneingeschränkte Funktionalität des Produkts sind vollständig und plausibel nachgewiesen. Ein Risiko für Betrieb, Sicherheit, Lebensdauer oder Qualität ist nicht erkennbar.

Note 2 – Abweichung mit vernachlässigbaren Auswirkungen

Die Abweichung ist klar und nachvollziehbar dargestellt. Die fachliche Begründung ist schlüssig und belegt überwiegend, dass die Abweichung lediglich geringfügige oder vernachlässigbare Auswirkungen auf die betroffene Spezifikation hat. Die Funktionalität und die Erfüllung der zugrunde liegenden Anforderungen sind insgesamt gewährleistet. Geringe Unsicherheiten bestehen allenfalls im Detail, ohne die grundsätzliche Gleichwertigkeit in Frage zu stellen.

Note 3 – Abweichung mit begrenzten Auswirkungen

Die Abweichung ist im Wesentlichen verständlich beschrieben. Die fachliche Bewertung zeigt, dass die Anforderungen der GASCADE-Spezifikation überwiegend erfüllt werden, allerdings mit erkennbaren Einschränkungen oder Abweichungen von Detailanforderungen. Die Funktionalität des Produkts ist grundsätzlich gegeben, einzelne Anforderungen werden jedoch nur eingeschränkt oder unter Annahmen erfüllt. Die Gleichwertigkeit ist plausibel, aber nicht umfassend belegt.

Note 4 – Abweichung mit relevanten Auswirkungen

Die Abweichung ist beschrieben, jedoch nur eingeschränkt fundiert bewertet. Es bestehen erkennbare fachliche Lücken in der Darstellung der Auswirkungen auf die GASCADE-Spezifikation. Die Erfüllung der betroffenen Anforderungen ist nur teilweise plausibel dargelegt; wesentliche Aspekte zur Funktionalität, Dauerhaftigkeit oder Sicherheit bleiben offen. Die Gleichwertigkeit der angebotenen Lösung ist nicht überzeugend nachgewiesen.

Note 5 – Abweichung mit erheblichen Auswirkungen

Die Abweichung ist unvollständig oder nur schwer nachvollziehbar dargestellt. Die fachliche Begründung ist unzureichend oder nicht belastbar belegt. Es bestehen erhebliche Zweifel, dass die betroffenen Anforderungen der GASCADE-Spezifikation eingehalten werden können. Die Funktionalität des Produkts ist nur in geringem Umfang oder unter nicht nachvollziehbaren Annahmen gegeben. Die Gleichwertigkeit gegenüber der geforderten Spezifikation ist nicht erkennbar.

Note 6 – Nicht akzeptable Abweichung

Die Abweichung ist nicht nachvollziehbar oder widersprüchlich beschrieben. Eine fachliche Bewertung der Auswirkungen auf die GASCADE-Spezifikation fehlt oder ist offensichtlich fehlerhaft. Die Erfüllung der betroffenen Anforderungen ist nicht gegeben oder erkennbar ausgeschlossen. Die Funktionalität und/oder Sicherheit des Produkts kann nicht gewährleistet werden. Die angebotene Abweichung stellt keine gleichwertige Lösung dar.

Bildung der Gesamtnote aus den Einzelnoten

Die Gesamtnote eines Angebots wird als arithmetischer Mittelwert aller vergebenen Einzelnoten im Abweichungsverzeichnis gebildet (leere Zeilen/ohne Abweichungspunkt werden nicht berücksichtigt). Die Rundung erfolgt auf eine Dezimalstelle. Sofern für die Gesamtwertung eine Ganzzahlnote benötigt wird, erfolgt die Rundung nach kaufmännischen Regeln.

Formel: $\text{Note} = \text{MITTELWERT}(\text{Einzelnoten der Abweichungen})$

Umrechnung der Gesamtnote in Wertungspunkte (0–100)

Zur Bildung einer gewichteten Gesamtwertung wird die Gesamtnote in Punkte umgerechnet. Die Umrechnung erfolgt linear:

$$\text{Punkte} = (6 - \text{Note}) \times 20$$

Damit gilt z.B.: 1,0 → 100 Punkte (15 Punkte als Zuschlagskriterium, Kapitel 16); 2,0 → 80 Punkte; 3,0 → 60 Punkte; 4,0 → 40 Punkte; 5,0 → 20 Punkte; 6,0 → 0 Punkte (0 Punkte als Zuschlagskriterium, Kapitel 16).

Es wird keine zusätzliche Bonusbewertung angewendet.

Pro Spezifikation (P301, P303, P304, CP10, CP20 und Stapelung von Stahlrohren DN950-DN1200) können maximal 2,50 Punkte erreicht werden; insgesamt maximal **15 Punkte**. Alle Spezifikationen werden gleich gewichtet (je 1/6).

Nachweis- und Dokumentationsanforderungen

Der Bieter hat im Abweichungsverzeichnis alle Abweichungen vollständig zu benennen und durch geeignete Unterlagen zu belegen. Fehlende oder nicht belastbare Belege wirken sich

negativ auf die jeweilige Einzelnote aus. Die Einzelnoten sind je Abweichungspunkt kurz zu begründen.

Verknüpfung mit der Gesamtwertung

Die ermittelten Punkte (0–100) fließen mit dem in den Vergabeunterlagen festgelegten Gewicht in die Gesamtwertung ein. Gewichtung und Berechnungsmethode (Notensystem je Abweichung, Mittelwertbildung und Punkteumrechnung) werden in den Vergabeunterlagen offengelegt.

17. Geheimhaltung

Sektorenauftraggeber dürfen nach § 5 Abs. 1 SektVO keine von den Unternehmen übermittelten und von diesen als vertraulich gekennzeichneten Informationen weitergeben. Dazu gehören insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die vertraulichen Aspekte der eingereichten Dokumente. Ausdrücklich zulässig ist die Weitergabe von Informationen an Berater des Auftraggebers, die von Berufs wegen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und externe Rechtsanwälte).

Der Bewerber/Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags/Angebots, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen.

Geschieht dies nicht, können die Vergabestelle und die Rechtsbehelfsinstanz im Falle eines Rechtsbehelfsverfahrens von seiner Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z.B. andere Bieter) ausgehen.

Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen gewährleistet der Sektorenauftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen. Die Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen sowie die Dokumentation über deren Öffnung, Prüfung und Wertung werden auch nach dem Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich behandelt.

Im Gegenzug verpflichten sich die an dem Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen, keine vom Auftraggeber übermittelten Dokumente und Informationen an Dritte weiterzuleiten und sämtliche erhaltene Dokumente und Informationen vertraulich zu behandeln.

Die Vergabestelle erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bewerbers/Bieters – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Der Bewerber/Bieter stimmt mit der Abgabe seines Teilnahmeantrags/Angebots diesem Rechtsübergang zu.

18. Rügeobliegenheiten

Die Vergabeunterlagen müssen nach Erhalt/Download durch die interessierten Unternehmen auf Vollständigkeit und Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Bekanntmachung, die Vergabeunterlagen oder die den Bewerbern/Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese gegen geltendes Recht, so trifft die Bewerber/Bieter die Obliegenheit, die Vergabestelle unverzüglich

darauf hinzuweisen. Anderenfalls können sie sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten haben die Bewerber/Bieter als von ihnen zu tragende Risiken in ihre Angebote einzukalkulieren.

Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügeobliegenheiten der Bewerber/Bieter nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

§ 160 GWB lautet:

§ 160 GWB Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

19. Nachprüfungen

Nach § 160 Abs. 2 GWB ist jedes Unternehmen befugt, einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen, dass ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Zuständige Nachprüfungsinstanz:

Vergabekammer des Bundes
Villemombler Straße 76
53123 Bonn
Fax: +49 228 9499 163
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 228 9499 0

20. Ergänzende Bestimmungen

20.1 Nachforderung

Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bewerber/Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

20.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen haben betroffene Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden sind.

20.3 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

20.4 Ausschluss

Angebote, die nicht die in den Vergabeunterlagen geforderten Voraussetzungen/Bestimmungen erfüllen, werden ausgeschlossen. Ein Ausschluss erfolgt insbesondere in den in § 57 SektVO genannten Fällen.

20.5 Entschädigung

Eine Erstattung von Kosten/Aufwendungen bzw. eine Entschädigung für die Teilnahme an dem Vergabeverfahren wird nicht gewährt.

20.6 Aufhebung des Verfahrens

Insbesondere für den Fall, dass keine den Anforderungen des Auftraggebers entsprechenden Teilnahmeanträge oder Angebote fristgerecht eingehen, eine grundlegende Änderung der

Vergabeunterlagen erforderlich wird oder andere schwerwiegende Gründe bestehen, bleibt die Aufhebung des Verfahrens vorbehalten (§ 57 SektVO). Die Vergabestelle wird die Bieter im Falle einer Aufhebung des Verfahrens unter Angabe der Gründe, gegebenenfalls über die Absicht, ein neues Vergabeverfahren einzuleiten, unverzüglich unterrichten.

20.7 Einverständnis des Bewerbers/Bieters

Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrags/Angebots erklärt sich der betreffende Bewerber/Bieter mit allen Bestandteilen der vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden.

Der Bewerber/Bieter sichert durch seine Beteiligung am Verfahren zu, dass für die Verarbeitung der in seinem Teilnahmeantrag und/oder seinem Angebot enthaltenen personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit diesem Verfahren und der Vertragserfüllung die erforderliche Einwilligung der Betroffenen vorliegt. Eingetragen werden Name, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail und Ansprechpartner. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht. Siehe insoweit die Hinweise zum Datenschutz (**Anlage A.4** Hinweise zum Datenschutz).

20.8 Rücknahme von Teilnahmeanträgen/Angeboten

Eine Rücknahme von bereits abgegebenen Teilnahmeanträgen/Angeboten ist bis zum Ablauf der Teilnahmefrist/Angebotsfrist durch Erklärung in Textform gemäß § 126b BGB möglich. Bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge/Angebote kann dann ein neuer Teilnahmeantrag/ein neues Angebot eingereicht werden.